

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die
 Post bezogen und abholbar vom Postamt 0,85 RM;
 bei direkter Bestellung durch den Bezugsräger
 ins Haus 18 Pfg. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
 (Viertel-Jahresrat).
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
 Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 58.

Berlin, Mittwoch, 5. Dezember 1906.

Achtundbreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Beschränkung der Rüstungen. — Dritte General-
 versammlung der „Gesellschaft für Soziale Reform“. —
 Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-
 Zell. — Anzeigen-Zell.

Die Beschränkung der Rüstungen.

Auf der Interparlamentarischen Konferenz vom
 23.—25. Juli in London hat der französische
 Senator und Mitglied des Haager Hofes, Baron
 D'Estournelles De Constant, einen Bericht er-
 stattet über die Beschränkung der Militärbudgets.
 Die großartig angelegte Rede erregte auf jener
 Konferenz, an welcher auch unser Verbandsredakteur
 teilnahm, lebhafteste Zustimmung. Namhafte ist dieser
 Bericht von dem Schriftsteller Alfred G. Fried in
 die deutsche Sprache übertragen worden und im
 „Nachhandl.“ erschienen. Wir raten jedem Verbands-
 genossen, der sich für diese wichtige Frage interessiert,
 das Schicksal zu erwerben.

Unbestreitbar ist die Frage der Rüstungs-
 beschränkungen zur Stunde eine der dringlichsten von
 allen, die den Beratungen der Parlamente wie der
 Regierungen vorliegen; sie ist durch die Macht der
 Tatsachen aufgeworfen worden und so lange sie nicht
 gelöst sein wird, muß man annehmen, daß sie allen
 Reformen den Weg verunreinigt und die Kultur in
 ihrem Vorrat anhalten wird. Die Regierungen
 werden sich dieser Notwendigkeit nicht mehr ver-
 schließen können, wenn erst die öffentliche Meinung
 aller Völker dafür erobert sein wird. Bereits im
 Jahre 1899 hat der Gedanke der internationalen
 Gerichtsbarkeit in der Form eines ständigen Schieds-
 tribunals Gestalt angenommen. Der große Gedanke
 erlebte seinen ersten Triumph durch das Haager
 Tribunal im Jahre 1902. Zwei Jahre später war
 die normale Inanspruchnahme der neuen Rechts-
 sprechung bereits zur Sitze geworden. Davon zeugen
 die Verträge zwischen den einzelnen Staaten, an
 welchen auch Deutschland z. B. mit einem Vertrage
 vom 12. Juli 1904 beteiligt ist, der zwischen unserem
 Vaterlande und England abgeschlossen wurde. Keines
 dieser beiden Länder darf nach dieser Vereinbarung
 mit dem andern Lande einen Krieg beginnen, bevor
 nicht ein Schiedsgericht die Ursache des Konflikts ge-
 prüft und eine Entscheidung getroffen hat. Der
 internationalen Glaube von der Unvermeidlichkeit von
 Zusammenstößen hat dadurch einen starken Schlag
 erhalten.

Die neuen Generationen der Europäer, für die
 es keine unerreichten Entfernungen mehr gibt,
 werden sich freimachen von den Vorurteilen, die die
 Völker trennen. In Frankreich ist die öffentliche
 Meinung für die große Idee des internationalen
 Friedens bereits in hohem Maße gewonnen, denn
 400 Volksvertreter gehören schon jetzt der französischen
 parlamentarischen Friedensgruppe an. Die französischen
 Chauvinisten sind natürlich nicht besser wie die
 Chauvinisten Deutschlands und anderer Länder und
 greifen daher die Förderer der Friedensidee lebhaft
 an. Das kann den Sieg der Idee wohl noch hemmen,
 aber nicht mehr aufhalten. Der allgemeine Wettstreit
 in den Rüstungen ist bereits zum offensichtlichen Wider-
 sinn emporgewachsen. Jede Nation vermehrt gleichzeitig
 ihre Opfer, um sich nicht überflügeln zu lassen; die
 Ausgaben bleiben daher zwischen allen rivalisierenden
 Mächten dieselben; das Verhältnis ändert sich nicht
 und keine Macht geht aus diesem Wettlauf gestärkt
 hervor; der Ruin erwartet sie alle!

Man erschauert bei dem Gedanken, daß die
 die Mächte, wenn sie sich vor 10 Jahren verhalten
 hätten, ihr Vorgehen zu mächtigen Milliarden
 hätten ersparen können, von denen der Fortschritt
 Vorteile gezogen hätte, ohne daß die relative Lage
 der einzelnen Mächte irgendwie geändert worden wäre.

Sie wären nur reicher und ihre politischen Verlegen-
 heiten wären geringer.

Der englische Ministerpräsident Campbell-Bannerman
 sagte am 22. Dezember v. J.:

„Wir Elterne — vergessen wir es nicht — sind die
 Erben einer großen und edlen Tradition. Diese Tradition
 wird in den Tagen geboren, als sich die öffentliche
 Meinung noch gegen alle Versuche erhob, die internationalen
 Differenzen durch einen Appell an die Vernunft und an
 das Menschheitssinn zu regeln. Hr. Gladstone
 hat der öffentlichen Meinung seinerzeit
 getraut. Er hat sich auf einen höheren Standpunkt
 gestellt, und indem er den Klammern vor ein
 Schiedsgericht brachte, hat er einen Präzedenz-
 fall von ungeheurer Werte für die Menschheit geschaffen.“

Ich frage mich, daß seit jener Zeit das Schieds-
 gerichtsprinzip große Fortschritte gemacht hat, und daß es
 seiner Macht mehr als Schwäche ange-
 rechnet wird, wenn sie jene Streitfragen, die früher
 durch die Gewalt entschieden worden wären, einem höheren
 Tribunal unterbreitet.

„Oh, meine Herren, es ist unmöglich, nach Frieden zu
 streben, wenn man nicht auch danach handelt. Ich bin der
 Ansicht, daß die Vermehrung der Rüstungen eine große
 Gefahr für den Weltfrieden ist; die Politik der unge-
 heuren Rüstungen erhöht und erndet die Idee, daß die
 Gewalt die erste, wenn nicht einzige Lösung internationaler
 Konflikte darstellt.“

Das ist eine Politik, welche geeignet ist, alle
 Wunden aufzureißen und neue zu provozieren. Durch
 die Tatsache, daß das Schiedsgerichtsprinzip solche Fort-
 schritte gemacht hat, ist es zu einer der edelsten Auf-
 gaben der Staatsmänner geworden, diese Rüstungen zu
 modifizieren, um eine neue und glücklichere Aera vorzu-
 bereiten.

„Ist es eine edlere Rolle für dieses große Land, als
 sich im gegenwärtigen Augenblick an die Spitze einer
 Friedensliga zu stellen, durch deren Vermittlung dieses
 Werk vollbracht werden könnte?“

„Wir brauchen“, so schloß Sir Henry Campbell-
 Bannerman, „eine Erleichterung der außerordentlichen
 Steuerlast; dazu fehlt uns aber, wenn in Friedens-
 zeiten unsere Rüstungen auf Kriegsfuß gehalten
 werden, das Geld! Denkt nicht an jene Lorbeer, die
 uns als die Beschützer des „kleinen Englands“ be-
 zeichnet. Ich bin zum mindesten genügend Patriot,
 um nicht die Schwächung meines Landes durch eine
 Vergewaltigung wie sie in den letzten zehn Jahren geübt
 wurde, sehen zu wollen.“

Auch in mehreren anderen Parlamenten Europas
 bego. durch die Regierungen sind ähnliche Erklärungen
 abgegeben worden. Auch Deutschland, von dem es
 zuerst hieß, es werde sich nicht an der Haager Kon-
 ferenz beteiligen, hat daran teilgenommen und zwar,
 wie Baron de Stournelles de Constant in London
 anerkannte, mit vielem Fleiß.

Außerhalb Europas ist der Militarismus be-
 reits sich auszubreiten, um es Europa gleich-
 zutun. Wenn Europa sich entschließt, ein besseres
 Beispiel zu geben, so würde ihm dafür die ganze
 Welt Dank wissen. Jedenfalls ist es vergeblich,
 wenn Europa versucht, die Verantwortung für die
 Ausbreitung des Militarismus in anderen
 Weltteilen den anderen Völkern zuzuschreiben, denn
 Europa hat dieses Streben entfesselt und an ihm ist
 es daher auch, die Ursachen der daraus entstehenden
 Gefahren zu bannen. Man vergesse nicht, daß auch
 die Militärkraft Japans eine europäische Schöpfung
 ist. Wenn sich die weißen Mächte weiter in Lor-
 beeren überhören, dann wird es China, jenes uner-
 schöpfliche Reservoir, ein leichtes sein, diese
 Lorbeeren nachzunehmen oder sie gar noch zu über-
 treffen; aber dann wird die gelbe Gefahr, über
 die man sich so wenig lästig macht, unser Welt sein.

In China ist der Militarismus, wie in der Türkei
 und in allen Staaten des Orients, nur ein euro-
 päischer Import, die Karikatur unserer eigenen Ueber-
 treibungen, und wir sind es, die diese so schwachen
 Regierungen anfeuern, ja verpflichten, uns Widerstand
 zu leisten und unsere Panzer und Kanonen zu kaufen,
 mit denen sie nichts anfangen können, wenn sie
 sie nicht gegen ihre Untertanen, dann gegen ihre
 Nachbarn und schließlich gegen uns richten würden.
 Jahr um Jahr sind die Ausgaben für Militär-
 zwecke gewachsen! Wie hoch sie gegenwärtig sind,
 darüber gibt die nachfolgende Bilanz einen Überblick:
 Bilanz der Ausgaben und der militärischen Streit-
 kräfte der Staaten Europas und der Vereinigten Staaten
 von Amerika.

	1905.	
Bereitete Staaten . . .	107 000	Jährl. Kosten in Bfl. Sterl. 40 000 000
Europa		
Großbritannien	490 000	65 000 000
Rußland	1 150 000	45 500 000
Deutschland	661 000	48 800 000
Frankreich	630 000	41 000 000
Österreich-Ungarn	284 000	19 000 000
Italien	205 900	17 000 000
Spanien	100 000	6 700 000
Norwegen und Schweden	78 000	5 600 000
Türkei	870 000	4 800 000
Dänemark	35 000	3 450 000
Schweiz	148 000	1 800 000
Griechenland	23 000	1 800 000
Dänemark	14 000	1 200 000
Bulgarien	43 000	1 000 000

Ein Pfund Sterling sind gleich 20 RM. Die
 deutsche Jahressumme beträgt daher in Mark un-
 geredet 840 Millionen Mark.

Hier handelt es sich außerdem auch nur um die
 laufenden Ausgaben, nicht um die außerordentlichen
 Ausgaben für die Neubeschaffung von Kriegsmaterial,
 Festungsbauten usw.

Das Beispiel Rußlands lehrt, daß die im Kriege
 unterlegene Macht den Volkstribunal im Innern, die
 Revolution, durchzumachen hat. Wenn die Ausgaben
 in gleicher Weise auch fernerehin gesteigert werden,
 dann kann es allerdings zu Revolutionen kommen
 auch ohne Niederlagen im Kriege. Die Völker sind
 außerstande, diesen Wettlauf ins Ungewisse fortzu-
 setzen, weil ihnen dabei der Atem ausgehen muß.
 Darum müssen die Völker Europas in der 2. Haager
 Konferenz, die durch die Londoner Interparlamente-
 rische Konferenz gut vorbereitet worden ist, zu
 einem Uebereinkommen gelangen, das wenigstens eine
 Ruhepause in dem Fortgang vermehrter Rüstungen
 Platz greifen läßt.

Die Regierungen werden nicht durch blenden
 Widerstand ihre Autorität bewahren, sie werden dies
 vielmehr durch ihre Intelligenz, durch ihre Mäßigkeit
 im Erlassen der allgemeinen Völkersprüche! Die
 jetzigen Regierungen, die es verstehen werden, in dieser
 Richtung zu wirken, werden in der Geschichte den
 gesamten Platz, der ehemals den Eroberern eingeräumt
 war, erben und ihr Land wird ihnen mehr als Er-
 beeren, es wird ihnen sein Gedelben danken.

Dritte Generalversammlung der „Gesellschaft für Soziale Reform“.

Berlin, 3. Dezember 1906.
 Am 10 Uhr vormittags begann heute im Bürger-
 saal des Berliner Rathhauses die dritte General-
 versammlung der „Gesellschaft für Soziale Reform“
 unter zahlreicher Beteiligung.

Ziel bemerkt wurde das auf der rechten Seite
 des Saales hergestellte „Segment für Damen“,
 ein Platz als solches bezeichnet. Aus dem Zentral-
 rat der Deutschen Gewerkevereine bego. für ihre
 Gewerkevereine waren erschienen: Bahle, Bahr, Baur,
 Abel, Franke, Goldschmidt, Hartmann, Jordan,

rein und den
 tagigsten der
 erliche sich der
 vollen Frauen.
 Anwesenben,
 Ibealen der
 n, damit die
 gnen geleitet
 bestrebungen,
 mehr in den
 würden auch
 des Staates
 in bedarfes
 © e. v. r.

in Gewerke-
 b. 8/3 bis
 wertereine,
 kommen. —
 e (H. D.)
 schände im
 lene Saal).
 Dezember,
 Ab. 8 Uhr
 eldung zur
 ber, wenn
 e in Regel.
 2. Dezember.
 sammlung
 Königliche
 elung der
 n. 2. Ver-
 er. Abde.
 f. Z. O.:

omtag im
 ern Bild,
 und Num-
 der Dri-
 9 Uhr,
 hat. —
 die Bildung
 wenscher
 b. 8/3 bis
 ficht. 9a.
 ab 4 Uhr.
 f. Z. O.:

ft.

dervereine,
 ordneten
 arbeite-

ffizierten

ool.

onjert-

o-Effen

Brande

lands,

beiter-

work-

fablen.

staltan

118.

*) Mitteilungsblatt des Verbandes, Stuttgart.

Ramin, Müller und Rauer. Mehrfach waren auch Gewerksvereine als Vertreter von auswärtigen Ortsgruppen der Gesellschaft erschienen.

Die Verhandlungen eröffnete Frhr. von Berlepsch mit einem kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der Gesellschaft im letzten Jahre. Die Mitgliederzahl ist auf 1695 gestiegen. Davon waren 1523 Einzelmitglieder und 172 korporative Mitglieder. Es sind darunter sämtliche Vereinigungen von Arbeitern und Arbeitgeberern mit Ausnahme der sozialdemokratischen. Die Arbeitnehmerorganisationen umfassen dabei rund 1 Million Arbeiter, die indirekt Mitglieder der Gesellschaft sind. Mit Genugtuung stellte der Redner fest, daß die Stimme der Gesellschaft nicht mehr ungehört verhallt. Er berichtete über die Arbeiten der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz und erwähnte, daß der Gesetzentwurf über die Berufsvereine auch von der Gesellschaft angeregt sei. Er berichtete auf die Besprechung des Entwurfs, dem die Arbeiter mit großem Zweifel entgegenstünden, und verwies zum Schluß auf die Tagesordnung, auf der als Hauptthema: „Die Methoden des gewerblichen EinigungsweSENS“ steht. Der Redner begrüßte sodann als Vertreter des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Innern Geh. Ob.-Reg.-Rat Koch und als Vertreter des Handelsministers Geh. Ob.-Reg.-Rat Reumann, sowie den Oberbürgermeister Ritzscher.

Geheimer Ober-Regierungsrat Koch betonte dann, die Reichsverwaltung habe die Arbeiten der Gesellschaft mit besonderem Interesse verfolgt, wie sie überhaupt alle Fragen der Arbeiterbewegung besonders interessiert. Die Reichsverwaltung sei stets bereit, für ihr Teil zum sozialen Frieden beizutragen und deshalb werde sie auch gern den Verhandlungen der Gesellschaft folgen.

Oberbürgermeister Ritzscher begrüßte die Gesellschaft namens der Stadt Berlin. Die Gesellschaft hat ein Wert des Friedens. Die Stadt Berlin begrüßt das Umwende, als sie selbst der größte Arbeitgeber der Stadt sei. Die gesamte Bevölkerung werde die Verhandlungen mit Interesse verfolgen, insbesondere, da der Gegenstand der Tagesordnung gerade für Berlin von größter Wichtigkeit sei. Der Magistrat habe darum auch besondere Delegierte zur Teilnahme an der Verhandlung ernannt.

In das Bureau der Versammlung wurde neben dem Vorsitzenden, Frhr. v. Berlepsch, als zweiter Vorsitzender Geh. Ob.-Reg.-Rat Flügge und als Schriftführer Prof. Franke, Dr. Lebn und Gleichauf (Vorsitzer des Gewerksvereins der Maschinenbauer, F.-D.) gewählt.

Die Versammlung nahm dann zunächst den von Prof. Franke begründeten Antrag auf Abänderung des § 6 der Statuten: Die Generalversammlung wolle beschließen, die Zahl der gewählten Mitglieder des Ausschusses von 30 auf 48 und die der kooperierten Mitglieder von 15 auf 24 zu erhöhen einstimmig an. Dann erhielt zu dem Thema: „Die Methoden des gewerblichen EinigungsweSENS“ zunächst Dr. W. Zimmermann, Redakteur der „Sozialen Praxis“ das Wort. Der Redner legte seinen Ausführungen folgende Leitfäden zugrunde:

Leitfäden.

I. Eine Milderung der gewerblichen Arbeitskämpfe in Deutschland ist am sichersten durch die Hervorbringung der sozialen Organisationen (Arbeiterverbände, Privatbeamten-Vereine, Arbeitgeberverbände) und durch den darauf gestützten Ausbau der paritätischen, kollektiven Arbeitsregelung (Tarifverträge, Arbeitsausweise, Lohn- und Schlichtungsausschüsse, Einigungsämter und Schlichtergerichte) zu erreichen. Dieser Hervorbringungsprozess würde durch eine gründliche, weitverbreitete Reform des Konstitutions- und Betriebsrechts sowie durch die gezielte Ordnung des Tarifvertragsrechts erleichtert und beschleunigt werden.

II. Das friedensstiftende System der tariflichen Arbeitsregelung, das heute in Deutschland bereits 1/4 Millionen Arbeiter in den Handwerken sowie in anderen Gewerben mit klar geordneten Lohnmethoden und besonnen geleiteten Branchen-Verbandsorganisationen umfaßt, ist seinem elastischen Wesen nach auch auf die sogenannten Groß- und Schwerindustrien mit ihrem unruhigen Unternehmerprinzip und dem in sich selbst döllig unwahre Unternehmerprinzip des „Gehrs im eigenen Hause“ steht der Einbürgerung des Tarifvertrages in den genannten kapitalistischen Industrien entgegen. Der Wille zur friedlichen, paritätischen Verhandlung auf beiden Seiten und eine allerdings mühsame Revision der vielfach rückständigen Lohn- und Arbeitsverfassungen würden die bisher vorwiegenden Konfliktstoffe auf das naturgegebenen Maß verringern. Auf solcher Grundlage würden handliche, der Eigenart der Industrien angepaßte Einigungsansätze der beiderseitigen Organisationen, unter Mithilfe der gewerkschaftlichen Vergleichs- und Schlichtungsinstanzen sowie hervorragender Vertrauenspersonen im Interesse des öffentlichen Lebens, leicht im Lande sein, der Ausbarmung der meisten Streitfälle zu offenen Kämpfen vorzuziehen und die trotzdem ausbrechenden Arbeitskämpfe einem sanften, verständlichen Ende entgegenzuführen.

III. Wenn auch freudig anzuerkennen ist, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einem rasch fortschreitenden Entwicklungsstadium begriffen ist, so heißen ihr, allerdings durch die Mängel des deutschen Gewerkschaftsrechts sowie der sozialen Rechts- und Verwaltungsprovis hart mißbilligt, heute doch noch schwere grundsätzliche und organi-

zatorische Mängel an, welche die Unternehmer in ihrer Weigerung, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, immer wieder befähigen und die Empfindungen der öffentlichen Meinung für die gewerkschaftlichen Bestrebungen keineswegs vermehren. Ehrliche und strenge Selbstregierungsarbeit vor allem tut den deutschen Gewerkschaften not, um in den breitesten Schichten des Bürgertums bis in die leitenden Kreise der Regierung hinauf, die soziale Einmischung hervorzubringen, die durch ihr moralisches und politisches Gewicht schließlich auch die noch rückständigen Arbeitgeber zu einem gesunden Konstitutionsaktus der Arbeitsregelung zu bekehren vermag.

Als zweiter Redner sprach R. M. Schiffer, Düsseldorf, Vorsitzender des Verbandes christlicher Gewerkschaften. Der Redner behandelte insbesondere die Textilindustrie und die in ihr möglichen Einigungs-methoden. In Deutschland seien allein in der Textil-industrie in den Jahren 1901—1906 durch Streiks 20 Millionen verloren gegangen, ohne die nicht produzierten Waren zu rechnen. Redner verweist auf die verhältnismäßige Tätigkeit der Arbeitersekretäre, die in England 90 Prozent aller Streitigkeiten schlichtet. Englands Textilarbeiter gaben 53 000 Wfl. im Jahre 1906 für Streiks aus, die deutschen 1 Million Mark. Nicht auf die Form, auf den Geist und den guten Willen kommt es an. Der Gang des Einigungs-verfahrens müsse sein: 1. Vermittlung des Arbeitersekretärs. 2. Einigungsversuch der Bevollmächtigten der Arbeitgeber und Arbeiter. 3. Drittliches Einigungskomitee und 4. Disziplinsomitee als Einigungsamt mit richterlicher Vollmacht. Wichtig ist bei allen Anerkennung aller Organisationen beider Seiten.

Der letzte Redner Gustav Hartmann, Vorsitzender des Zentralrats der Deutschen Gewerksvereine, schildert uns zunächst die Tätigkeit der Arbeiter- und Unternehmersekretäre, die sich durch Sachkenntnis und die Anerkennung der Gegenpartei auszeichnen. Anzeichen für eine glückliche verhältnismäßige Tätigkeit seien in Deutschland bereits vorhanden. Das Gros kommen allerdings nicht in Frage. Beide Teile mühten sich noch mehr der Verantwortung bewußt werden, die auf ihnen ruht. Heute würden in Deutschland einem Führer, der im richtigen Moment einen Kampf abzu-drehen versucht, von den Arbeitermassen oft bittere Vorwürfe gemacht. In England rühmte Colonel Parnes als Eicherung des Friedens in den letzten 30 Jahren den vernünftigen Geist der Arbeiterführer. Leider würden in Deutschland die getroffenen Ab-machungen auch teilweise durch die Arbeitgeber noch nicht gehalten. Die Verträge mühten Rechtskraft erhalten und durch starke Organisationen geschützt werden. Weiter mühten auch Minimallöhne festgesetzt werden. Eine Lohnskala mühte jedem Arbeiter seinen Lohn angeben. Der Redner forderte weiter: Ueberall gegenseitige Achtung und Anerkennung, starke beider-seitige Organisationen, geeignete Führer auf beiden Seiten, Bewegungsfreiheit der Organisationen und Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, allerdings in anderer Form, wie sie dem Reichstage augenblicklich vorliegt. Es folgte sodann die Diskussion. Ueber diese bringen wir in nächster Nummer einen zusammenfassenden Bericht.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 4. Dezember 1906.

Nicht viele neue Leser muß „Der Gewerksverein“ im ersten Quartal 1907 finden, weil das regelmäßige Lesen des „Gewerksvereins“ die Agitation fördert. Im nächsten Quartal werden auch die Aufgaben des Verbandstages eingehend besprochen werden und da sollte jeder Gewerksvereiner das Verbandsorgan lesen. Wir bitten daher, in allen Versammlungen und wo dies sonst möglich ist, zum Abonnement auf den „Gewerksverein“ anzuregen. Jede Postanstalt nimmt vom 15. Dezember an die Bestellungen an. Der Preis beträgt 65 Pfg. pro Quartal, durch den Brief-träger zweimal wöchentlich ins Haus gebracht 68 Pfg. Auf, zum fleißigen Abonnement!

Freschen in Deutschland voran! Dieses Wort des Reichskanzlers bekommt immer mehr eine beben-lische Bedeutung. In reaktionären Dingen ist Freschen in Deutschland immer voran! Dafür ein neuer Beweis. Das Reichs-Versicherungsgesetz hat im Interesse einer möglichst objektiven und gerechten Rechtspredung wiederholt die Fabrikeninspektoren aller deutschen Bundesstaaten zur Erstattung technischer Gutachten bei solchen Unfällen in Anspruch genommen, wo eine technische Beschreibung der Unfallursache oder der Betriebsverhältnisse, wenn diese zur Ursache des Betriebsunfalls geworden war, erforderlich erschien. Gegen diese vom Reichs-Versicherungsausschuss erforderte gütliche Tätigkeit der Fabrikeninspektoren hat bis-her keine Bundesregierung irgend einen Einspruch erhoben. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe aber, zu dessen Ressort die Fabriken-inspektion gehört, will eine Ausnahme machen, er hat die Fabrikeninspektoren angewiesen, daß

sie solchen Anforderungen des Reichs-Versicherungsausschusses nur dann nachkommen, wenn ihnen in jedem einzelnen Falle dazu die Erlaubnis des Ministerpräsidenten erteilt worden ist. Diese Anordnung zeigt von neuem in nur zu deutlicher Weise, wie reaktionär die preussische Regierung in allen sozialpolitischen Dingen ist. Die Sache wird selbstverständlich auch im Par-lament zur Sprache gebracht werden.

Die 2. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform in Berlin wurde am Sonntag abend durch eine im „Atlantier“ abgehaltene Begrüßungsfeier eingeleitet. Gelehrte von Namen, angesehene Parlamentarier, Fabrikanteninspektoren und Vertreter der Deutschen Gewerksvereine und der christlichen Gewerkschaften waren zahlreich erschienen. Aus dem Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine waren an-rekend Hartmann, Gleichauf und Goldschmidt. Geheimer Regierungsrat Dr. Flügge begrüßte im Namen der Ortsgruppe Berlin die Anwesenden und entwickelte hierbei die grundlegenden Bestrebungen der Gesellschaft. Die großen Arbeitskämpfe der letzten Jahre in Berlin, wie die großen Arbeitskämpfe überhaupt, hätten erken-nen lassen, daß Einrichtungen geschaffen werden mühten, die den gewerblichen Frieden aufrecht erhielten, und wo er dennoch gestört werde, schnellig wieder herzustellen. Solche Einrichtungen seien besonders in Berlin notwendig. Denn gerade hier sei das Ver-hältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern vielfach ein sehr feindseliges. Die Generalversammlung mühte lehren, daß es nicht notwendig sei, Kämpfe mit Streiks und Aussperrungen zu führen, daß vielmehr auf dem Wege des friedlichen Ausgleichs Arbeitgeber und Arbeitnehmer als gleichberechtigte Parteien zusammen kämen. Kampf und Streit ließen tiefe Bitterkeit zurück, während der Ausgleich beide Teile gleichstelle und weder Sieger noch Besiegte kenne. Aus wohl-verstandenem Interesse mühten beide Teile auf einen Ausgleich hinzuarbeiten. Alle Welt müsse es hören, daß dieses zu erreichen sei, durch Mühseligkeitssinn und Fleiß, durch die allein der sozialpolitische Friede gesichert werde. Der Vorsitzende der Ge-sellschaft, Freiherr von Berlepsch, begrüßte die An-wesenden als seine verehrten Kameraden. Schalter an Schalter hätten sie wie treue Kameraden gearbeitet und gekämpft für die Hebung der Lage ihrer Mit-bürger aus den arbeitenden Massen. Der innere Friede im Vaterlande sei schwer erschüttert durch die vielen Arbeitskämpfe. Durch Aufklärung und Selbst-machung der bürgerlichen Gleichberechtigung der Ar-beiter mit den Unternehmern könne der Friede wieder-hergestellt werden. Unter Gleichberechtigung sei nicht zu verstehen eine unforme Gleichheit, denn diese sei praktisch unmöglich durch die Verschiedenheiten der menschlichen Natur und Eigenschaften. Das Recht der Gleichberechtigung aber mühte den Arbeiter ge-sichert werden. Allein auf diesem Boden könnten Tarifverträge zustande kommen, auch bei den Arbeit-gebern mochte die Erkenntnis vom hohen Werte der friedlichen Verständigung. Unser Kollege Goldschmidt sprach im Namen des Verbandes der Deutschen Ge-werksvereine den Rednern seinen Dank aus und hob hervor, daß die in den Reden vertretenen An-schauungen den Lehren entsprächen, die der verlorbene Begründer der Deutschen Gewerksvereine, Dr. Max Ströb, aufgestellt und vertreten habe. Wenn auch bisher verkannt, so würden diese Gedanken doch siegen und menschliche Angelegenheiten sprächen dafür, daß Arbeiter wie Arbeitgeber den ethischen und praktischen Wert derselben erfassen. Schärfer aber wie der Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern geführt werde, kämpften die Arbeiterorganisationen gegeneinander. Die sachlichen Unterschiede würden bestehen bleiben, die Form der Kämpfe aber mühte im Interesse der Arbeiter eine andere werden. Die von den Arbeitern erstrebte Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern mühte auch in dem Verhältnis der Arbeiterorgani-sationen untereinander zur Geltung kommen. In der Gesellschaft für Soziale Reform seien jetzt erst nur die Deutschen Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften vertreten; beide ständen auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsordnung. Es mühte die Zeit kommen, wo die gesamte Arbeiter-bewegung auf diesem Boden sich zusammenfinde, dann werde es niemandem mehr geben, der ihnen die bürgerliche Gleichberechtigung freitrag macht. Der Gesellschaft für Soziale Reform sei zu danken, daß sie dieses hohe Ziel zu erreichen energisch bestrebt sei. Dann folgte ein gemüthliches Beisammensein. Ueber die Verhandlungen berichten wir an anderer Stelle vorliegender Nummer.

Die „Offener Volks-Zeitung“, ein Zentrumsorgan, zitiert in ihrer Beilage „Wanderzettel“ die „Allgemeine Rundschau“ im zunehmenden Sinne, meint aber, daß wenn die Arbeiterzeitung sich einer „unabhängigen“ Organisation anschließen wollte, dafür nicht die Gewerksvereine, sondern allein die christlichen Gewerkschaften in Betracht kommen könnten. Herr Abg. Giesberts habe im Reichstage klar gelegt, daß die christlichen Gewerkschaften „politisch unabhängig“

sein. Jeder Kenner der Arbeiterbewegung wird über diese Behauptung nur lachen können. Wie sehr die christlichen Gewerkschaften „unabhängig“ sind, das zeigt sich noch bei Beratung des Lohns, wo es einem christlichen Führer wieder verboten wurde, gegen die Zentrumspartei, weil sie den Fleisch- und Brotwucher mitmache, Stellung zu nehmen. In gleichem Maße, wie die Sozialdemokratie die Herrschaft über die sogenannten „freien“ Gewerkschaften ausübt, läßt die Zentrumspartei die Herrschaft aus über die christlichen Gewerkschaften. Es kann höchstens angegeben werden, daß die Schwanzfedern des schwarzen Bogels vom Winde der christlich-sozialen Eibärchen Richtung getragen werden. Die Fingel aber trägt der Zentrumswind.

Wir würden über diese Dinge kaum ein Wort verlieren, wenn die Zentrumspresse nicht immer wieder versucht, unsere politische Unabhängigkeit und Selbstständigkeit zu bestreiten. Wo dies geschieht, werden wir nicht verschlei, ihr dafür gebührig auf die Finger zu klopfen.

Für das Koalitionsverbot der Landarbeiter hatte sich im Reichstagsauschuss ausgesprochen. Das hat die „Reinliche Volkstimme“, das Blatt der rheinischen Zentrumspartei während gemacht. In ihrem Horn wirft sie Herrn Oberber, daß ihm, um sich zum Fürspruch der Landarbeiter auszusprechen, die Hauptfrage fehle, nämlich die Kennntnis der Verhältnisse.

Es ist aber nicht, um geradezu auszugehen, sondern die Kenntnis der Verhältnisse zu erlangen, die durch Erörterungen und Erörterungen in Gegenwart von Kennern der einschlägigen Verhältnisse; das verlangt höchstens im Kreise von Kennern, die eben so wenig davon verstehen.

So bevorzundet ein Zentrumblatt einen christlichen Gewerkschaftsführer und damit auch diese Gewerkschaften. Wenn die Zentrumspresse sich nicht in demselben Maße mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung, so würde sie ganz gewiß eine andere Form wählen, um ihren Haß gegen die Koalitionsfreiheit der Landarbeiter zum Ausdruck zu bringen.

Die württembergische Zentralstelle für Landwirtschaft hielt am Freitag voriger Woche eine große Sitzung ab, um sich mit der Frage der Fleischsteuerung zu beschäftigen. Der Ministerpräsident, dem die Frage der Landwirtschaft obliegt, anerkannte, daß die Klagen über die Fleischsteuerung nicht ganz unberechtigt seien, bei den Mitteln zur Abhilfe könne es sich aber nur um solche handeln, bei welchen alle veterinärpolizeilichen Maßnahmen zur Anwendung gelangen. Daher könnten nach seiner Meinung als Einfuhrländer von Fleisch und Vieh nur Dänemark und Holland in Betracht kommen. Die holländische Gesetzgebung bezüglich der Seuchenpolizei sei eine gute und da Holland seuchenfrei sei, sei von einer teilweisen Öffnung der holländischen Grenzen nichts für die Befriedigung des deutschen Viehstandes zu befürchten.

Da es den Agrariern aber einzig und allein darum zu tun ist, die Preise hoch zu halten, so lehnten sie einstimmig die Deffnung der Grenzen von Dänemark und Holland ab. Ob es noch einen klareren Beweis dafür, daß die Seuchengefahr nur zum Vordan gewählt wird, um den verwerflichen Fleischwucher zu rechtfertigen?

Auch Dänemark hat einen gesunden Viehstand und ist infolge seiner rationellen Viehwirtschaft sehr wohl in der Lage, Vieh und Fleisch nach Deutschland auszuführen. Diese Ansicht ist aber vollständig veraltet. Dafür ist die Einfuhr von Fleisch aus Amerika in halben und ganzen Tierkörpern gestattet. Hier hat aber dieses Einfuhrverbot keine praktische Bedeutung, weil das Fleischbeschaugesetz die Verlesung des einzuführenden Fleisches durch die sogenannten Herzschläge vorschreibt. In einer Polemik des Abg. Gothein gegen agrarische Blätter, wird darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Zustand das geschlachtete Fleisch keinen Transport vertritt, der so lange dauert wie der von den amerikanischen Schlachthäusern nach den deutschen Konsumplätzen. Die vorgeschriebenen Herzschläge zerfallen sich und das frische Fleisch bekommt dadurch einen so unwerthvollen wachsenden schlechten Geruch; das wüßten die Liebhaber dieser Bestimmung des Fleischbeschaugesetzes, es kam ihnen damit eben darauf an, den Import geschlachteter Schweine von Amerika unabhängig zu machen.

Warum aber ist denn die Einfuhr von frischem Schweinefleisch bzw. geschlachteter Schweine aus Dänemark verboten? Doch einzig und allein deshalb, weil bei der kurzen Transportdauer die Schweinefleisch trotz der daran hängenden Herzschläge nicht verderben würden; bei Amerika hat man das Einfuhrverbot nicht nötig, da verhinbert es das Fleischbeschaugesetz.

Nun könnten die amerikanischen geschlachteten Schweine ja mit in Kühlräumen in gestrorenem Zustand eingeführt werden. Abgesehen davon, daß

Schweinefleisch auch durch einen längeren Transport in gestrorenem Zustand leidet, hat man vorsichtshalber den Zoll für gestrorenes Fleisch noch um 8 Mk. höher, nämlich auf 55 Mk. pro 100 Kilogramm normiert, statt auf 27 Mk. für nur gekühltes; das sind 17 1/2 Pfg. pro Pfund. Die enormen Zölle sind es eben, die der Einfuhr von frischem Fleisch entgegenstehen.

Wenn also geholfen werden soll, dann muß das Fleischbeschaugesetz geändert, die Einfuhrverbote beseitigt, die Grenzen geöffnet und der Zoll auf Fleisch erheblich herabgesetzt werden.

Arbeiterbewegung. In der Maschinenfabrik Nivour zu Offenbach sind die Arbeiter wegen der Einführung des Prämienlohnsystems in den Ausstand getreten. — Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes in der Rheinischen Metallwarenfabrik in Düsseldorf haben wegen Lohnhöherungen und Nachregelung ihrer Kollegen die Kündigung eingereicht. Unsere Kollegen vom Gewerksverein der Maschinenbauer, deren Vertreter von den Versammlungen ausgeschlossen wurde, sind an der Bewegung nicht beteiligt. — Die Bewegung bei der Firma Wittmann Nachf. in Haspe ist demnächst. Die beteiligten Arbeiter haben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. — Infolge der Lohnbewegung in den einzelnen Branchen der Solinger Industrie beschloß der Löhnen- und Federmeister-Fabrikanten-Verein, dem Schleiferverein eine Preishöhung bis zu 15 pCt. dem Löhnen- und Federmeisterverein durchweg eine Erhöhung von 20 pCt. auf sämtliche Sorten zuzubilligen. Die Fabrikanten sehen sich infolgedessen genötigt, der Kaufkraft eine Preishöhung von durchschnittlich 10 pCt. auf Löhnen- und Federmeister anzugehen. Die neuen Preise treten am 15. Januar 1907 in Kraft. — In der Dampfdruckerei von Lange in Rudenwalde haben sämtliche organisierten Arbeiter die Arbeit niedergelegt, da der Betriebsinhaber durch Anschlag hatte bekannt machen lassen, daß er alle Organisierten entlassen werde. — Die einstündige Schicht anstatt der sechsständigen einzuführen hat die Verwaltung der Wilhelmshütte bei Jwoickau versucht. Die Vergleiche lehnten es jedoch entschieden ab, auf die einstündige Arbeitszeit einzugehen, so daß die Verwaltung schon nach wenigen Tagen sich genötigt sah, ihre diesbezüglichen Anordnungen zurückzuziehen. — Das Ziel der Bewegung in der Berliner Hutindustrie ist die Einführung des Neuntageslohnens sowie mögliche Verringerung der Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit. Wenn bis zum 14. Januar sich keine Einigung erzielen läßt, soll der allgemeine Ausstand proklamiert werden. — In den Granit-, Sphenit- und Wärmewerken Ruppel & Sohn in Rühlingsen sind wegen Einführung einer neuen Arbeitsordnung Differenzen entstanden, die sämtliche organisierten Arbeiter zur Einstellung der Arbeit veranlaßten. — Zu einem Streit der Kellerer kam es dieser Tage in einem nahe dem Jirkas Buis gelegenen Restaurant in Berlin wegen schlechter Bewirtung und unpassender Behandlung. Leider gelang es dem Wirt durch Vermittlung eines Agenten, sich die nötigen Ersatzkräfte zu beschaffen. Derartige Vorkommnisse werden sich so lange ereignen, wie die Organisationsverhältnisse im Kellerhande nicht besser werden. — 200 Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke zu Dornap haben wegen Ablehnung einer Lohnhöhung die Arbeit niedergelegt. — Der zwei Wochen dauernde Streit der Hädergehilfen in Lemberg ist durch Vermittlung des Stadtpräsidenten beigelegt worden. — In einer Tarifbewegung befinden sich die Straßenbahner in Stockholm. Der noch langwierigen Verhandlungen zustande gekommene Tarif wurde von einer Versammlung der Angestellten abgelehnt, lediglich weil er eine fünfjährige Dauer haben sollte, während die Straßenbahner sich nur auf 3 Jahre binden wollen. Diese haben daher den Antrag gestellt, die Streitfrage einem Schiedsgericht zu überweisen. — Unter den ungarischen Eisenbahnern ist seit einiger Zeit eine lebhaftere Bewegung im Gange. Seit etwa 14 Tagen kommen die Züge mit 40 bis 50 Minuten Verspätung an, was man bereits auf eine Art „passive Resistenz“ zurückzuführen darf. Die Eisenbahner verlangen eine Lohnhöhung, mit der sie immer weiter verdrängt werden. Wenn die Gehaltsaufbesserung nicht bis Ende des Jahres erfolgt ist, sollen am Neujahrstage sämtliche Züge stehen bleiben. Infolgedessen haben der Staatssekretär für das Eisenbahnwesen und der Präsident der Staatsbahnen eine Erklärung veröffentlicht, daß am Ende des Jahres die Einkommen der Eisenbahnen bestimmt um 15 Millionen Kronen aufgebessert werden sollen. — Wegen Unterdrückung des Verbandes der Matrosen der russischen Dampfschiffahrtsgesellschaft durch die Behörden ist das gesamte Personal, etwa 600 Mann, in den Ausstand getreten, so daß kein Schiff abgehen konnte.

Das Ausfragen von Zeitungen und Flugblättern an Sonntagen ist erlaubt. Zwei Arbeiter aus Essen waren mit einem Strafmandat bedacht worden,

well sie an einem Sonntage Flugblätter von Haus zu Haus verteilt hatten. Hierin wurde nämlich sowohl von der Polizeibehörde, wie auch vom Schöffengerichte und von der Strafkammer eine öffentlich bemerkbare Arbeit gefunden, welche die äußere Stillhaltung des Sonntags beeinträchtigte.

Das von den Angeklagten angerufene Kammergericht hat aber die Verurteilung aufgehoben, und zwar, wie die Westf. Arb.-Ztg. mitgeteilt wech, aus folgenden Gründen:

„Die Polizeiverordnung der Reichlichen Regierung zu Düsseldorf vom 14. Dezember 1888 (sämmtlich gleichlautende Polizeiverordnungen beziehen auch in den übrigen Preußen) verbietet alle öffentlich bemerkbare Arbeiten an den Sonn- und Festtagen. Die Polizeiverordnung verbietet nur aber nicht im allgemeinen jede menschliche Tätigkeit an Sonn- und Festtagen, auch nicht, wenn die Tätigkeit geeignet ist, eine würdige Feier der Sonn- und Festtage zu beeinträchtigen. Das allgemeine Verbot richtet sich vielmehr nur gegen „Arbeit“ und gegen diese nur, wenn sie öffentlich bemerkbar ist. Das Kammergericht hat nun bereits bezüglich einer ganz ähnlichen Verordnung entschieden, daß unter „Arbeiten“ im Sinne des § 12, nur solche Beschäftigungen zu verstehen sind, bei denen eine gewisse Anstrengung der Kräfte als solche in die äußere Erscheinung tritt und zwar als Anstrengung die zur Erledigung gewisser Aufgaben erfordert wird. Ob dieses der Fall gewesen ist, darüber hat der Vorderrichter sich nicht ausgesprochen. In dem bloßen Gehen von Haus zu Haus wird allgemein eine „Arbeit“ nicht schon zu finden sein. Dagegen kann das Gehen möglicherweise zur „Arbeit“ werden, wenn es längere Zeit andauert, wie z. B. bei Christströgen oder Kolportieren, und wenn es zugleich erfolgt zur Erfüllung von Amts- oder Vertragspflichten, oder sonst zum Erwerb. Es wird daher zu prüfen sein, ob die Angeklagten die Verteilung ohne Gewinnabsicht, etwa im Interesse einer politischen Partei oder aus sonstigen ideellen Rücksichten vornahmen. Insbesondere wird aber eine Nachprüfung darüber erforderlich sein, in welcher Weise das Kolportieren in die Erscheinung trat, ob die Angeklagten namentlich etwa derartige Mengen der Druckschriften bei sich führten, daß hieraus auf einen gewissen Aufwand von Kraft bei dem Herumbringen geschlossen werden kann. Berücksichtigt werden darf bei dieser Beurteilung allerdings nur die Tätigkeit der Angeklagten auf der Straße selbst, wenn aus dem festgestellten Sachverhalt geht hervor, daß das Laufen der Angeklagten in den Häusern selbst nicht öffentlich bemerkbar war.“

Die Strafkammer hatte sich daher noch einmal mit der Sache zu beschäftigen, und wurden die Angeklagten freigesprochen, weil keine der Momente vorhanden waren, die nach Ansicht des Kammergerichts dazu angetan waren, in der Handlungsweise der Angeklagten eine öffentlich bemerkbare Arbeit zu erblicken.

Zu Zeiten politischer Wahlen ist die Verbreitung von Flugblättern auch an Sonntagen (schlechtere) erlaubt.

Die Regierung des Großherzogtums Hessen hat den zum Beigeordneten (Stadtrat) der Stadt Offenbach gewählten Sozialdemokraten Ohnert bedingt. Darüber großes Gegeter. Wir stehen gewiss im schärferen Gegensatz zur Sozialdemokratie, das heißt uns aber nicht ab, die vernünftige Tat der hessischen Regierung zu loben. Die Arbeit an verantwortlicher Stelle ist das beste Erziehungsmittel für alle phantastischen Menschen. In der Praxis ist die sozialdemokratische zukunftsstaatliche Theorie keinen Pufferwert wert. Wo die Sozialdemokratie mal zu regieren versucht, wie z. B. in Milwaukee i. C., da wirtschaftet sie sofort ab und verliert den Boden in der Bevölkerung. Jetzt haben die Sozialdemokraten auch ihren Wühlaner Ein im Landesauschuss verloren; sie unterlagen den bürgerlichen Demokraten.

Die hessische Sozialdemokratie ist aber flüchtiger als die elässer, denn sie lenkt bei Zeiten ein und erweicht sich auch dankbar für die großherzogliche Anerkennung. Als letzter Tage die zweite hessische Kammer eine Glückwunschsadresse an den Großherzog wegen der Geburt eines Thronfolgers heriet, erklärte der sozialdemokratische Abg. Dr. David, daß seine Partei unter Vorbehalt ihres prinzipiellen Standpunktes sich der Glückwunschsadresse anschlüsse. Dieser Vorbehalt hat natürlich gar keine Bedeutung. Das Prinzip ist aufgegeben, aufgegeben aus Dankbarkeit.

Am Sonntag, den 9. Dezember, finden zwei Veranstaltungen des Vereins für Volksunterstützung statt, und zwar: nachmittags 3 Uhr im Lorraine-Theater. Zur Aufführung gelangt: „Der Wildschütz“; abends 7 Uhr im Bürgerlaale des Rathauses, hier werden mitwirken: Fräulein Jeanne Robert, Regitation, Herr und Frau Eug. Brieger, Gesang, Fräulein Janla Dedae, Bioline.

Gewerksvereins-Zeitung.

§ Differenzen (Danzburg). Trotz aller Gegenmeinungen von kritischer wie von seiten der sozialistischen Gewerkschaften gegen die Gewerksvereins (Herr-Danzker) Bericht hier in unserem Luxemburger Land recht wohl leben innerhalb der Gewerksvereinsbewegung. Eine eifrige Agitation hat eingesetzt. Zahlreiche Versammlungen, öffentliche und Privatversammlungen, finden statt, die zum größten Teil in drei Sprachen abgehalten werden, und zwar in deutsch von Herrn Beitzler E. Balzer aus Kaiserlautern, in französisch und luxemburgisch (Platz) von